

BAUKOSTENTREIBER ABFALLENTSORGUNG

ENTWICKLUNG DER AUFWENDUNGEN BEI BAUMASSNAHMEN



Die Deutsche Bauwirtschaft warnt vor dem Entsorgungsnotstand

Entsorgung mineralischer Bauabfälle immer teurer und bürokratischer

Gemäß Koalitionsvertrag der Bundesregierung soll dem weiter wachsenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in den Ballungszentren und vielen Groß- und Hochschulstädten, dem notwendigen energetischen und demografiegerechten Umbau, dem Ausbau und der Erhaltung der Infrastruktur entsprochen werden. Auch sollen große öffentliche Bauvorhaben in puncto Baukosten und Termintreue wieder verlässlicher werden.

Preisanstiege und Terminverzögerungen beim Bauen haben häufig jedoch Gründe, die nicht im Verantwortungsbereich des Bauunternehmens liegen – so bei der Entsorgung von mineralischen Bauabfällen und Bodenaushub im Rahmen von Baumaßnahmen.

Jährlich werden von der deutschen Bauwirtschaft im Auftrag der Bauherren über 190 Millionen Tonnen mineralischer Abfälle zur Wiederverwendung aufbereitet, transportiert, wiederverwertet oder entsorgt. Der finanzielle und bürokratische Aufwand beim Umgang mit mineralischen Abfällen hat sich jedoch in den letzten Jahren besorgniserregend erhöht.

Das Baustoff-Recycling und die Wiederverwertung mineralischer Abfälle werden durch einseitig am Boden- und Grundwasserschutz orientierte Ländervorschriften erschwert. Deshalb nimmt die Beseitigung mineralischer Abfälle tendenziell zu, wobei jedoch kein ausreichender Deponieraum zur Verfügung steht. Dies alles spiegelt sich nicht zuletzt in einer drastischen Zunahme der Entsorgungskosten wider.

Seit langem fordert die deutsche Bauwirtschaft praktikable Rahmenbedingungen für eine Kreislaufwirtschaft im Bauwesen in Form ausgewogener bundeseinheitlicher Regelungen.

Eine Umfrage unter Mitgliedsunternehmen des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie (HDB) und des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe (ZDB) veranschaulicht die zunehmenden Probleme bei der Entsorgung mineralischer Bauabfälle im Zeitraum von 2009 bis 2014 und zeigt auch deren Ursachen und Auswirkungen auf.

Gemeinsame Umfrage veranschaulicht Entsorgungsprobleme

1. Verlagerung der Verantwortung auf die Unternehmen

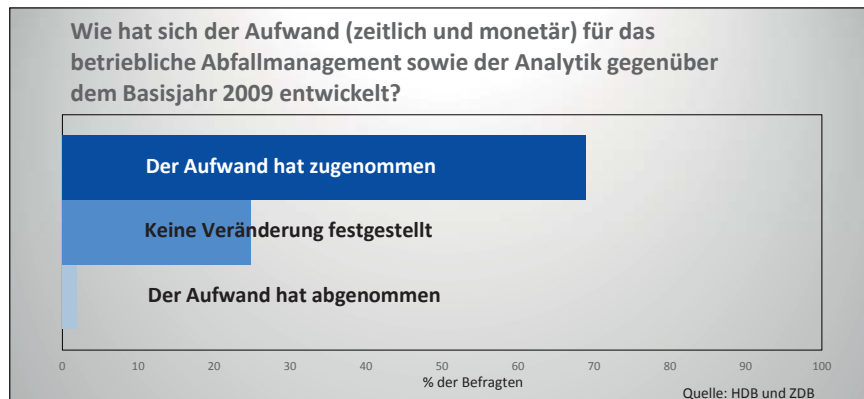
Immer häufiger werden die Probleme der Abfallentsorgung von den Auftraggebern auf die Bauunternehmen abgewälzt.

Die unzureichende Berücksichtigung in der Planung macht zunehmend eine baubegleitende Schadstoffbeprobung durch die Bauunternehmen erforderlich. Nicht selten übertragen die Auftraggeber per Vertrag die Suche nach einem geeigneten Entsorgungsweg auf die Bauunternehmen, ohne zu wissen, dass sie trotzdem die Verantwortung für eine schadlose und umweltgerechte Entsorgung tragen.

Bei knapp 70 % der befragten Unternehmen hat der betriebliche Aufwand für das Abfallmanagement seit 2009 zugenommen, und zwar im Mittel um ca. 70 %. Knapp zwei Drittel der Unternehmen benannten die Probenentnahme und Analytik als zeitaufwändig und kostensteigernd.

Auch die aufwendige Baustellenlogistik, die Zwischenlagerung der Abfälle, das Finden eines geeigneten Entsorgungswegs und das elektronische Nachweisverfahren verursachen steigende Kosten bzw. Verzögerungen im Bauablauf. Als weitere Probleme werden mangelhafte Planungsleistungen der Auftraggeber und zeitaufwändige behördliche Genehmigungsverfahren genannt.

Der Aufwand für die Betriebe ist um ca. 70 Prozent gestiegen



2. Die Entsorgung wird zunehmend schwieriger

Es wird immer schwieriger, einen Weg zur Verwertung der mineralischen Abfälle im Sinne der Kreislaufwirtschaft zu finden.

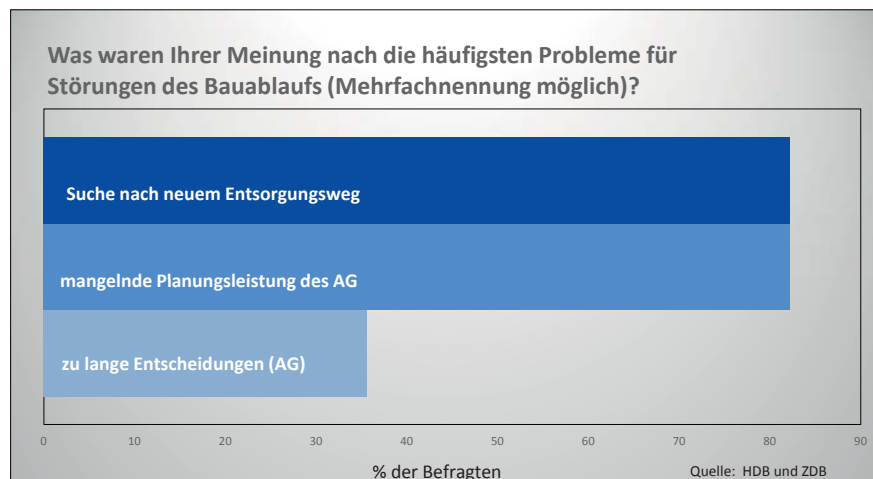
Knapp 70 % der befragten Unternehmen beklagen Arbeitsunterbrechungen bis hin zum Baustellenstillstand wegen zunehmender Probleme beim Umgang mit mineralischen Abfällen.

Die Anzahl der Fälle hat sich im Betrachtungszeitraum um 57 % und somit innerhalb von fünf Jahren deutlich erhöht.

Ursächlich für die Verzögerungen waren in jeweils 82 % der Fälle die Suche nach einem Entsorgungsweg bzw. die mangelhafte Planung der Auftraggeber.

Ferner trug in 36 % der Fälle die zu lange Entscheidungsfindung der Auftraggeber zu den Verzögerungen bei.

Die Suche nach einem Entsorgungsweg und mangelhafte Planung der Auftraggeber verursachen Verzögerungen.



3. Erschwerte Verwertung und Entsorgungsengpässe

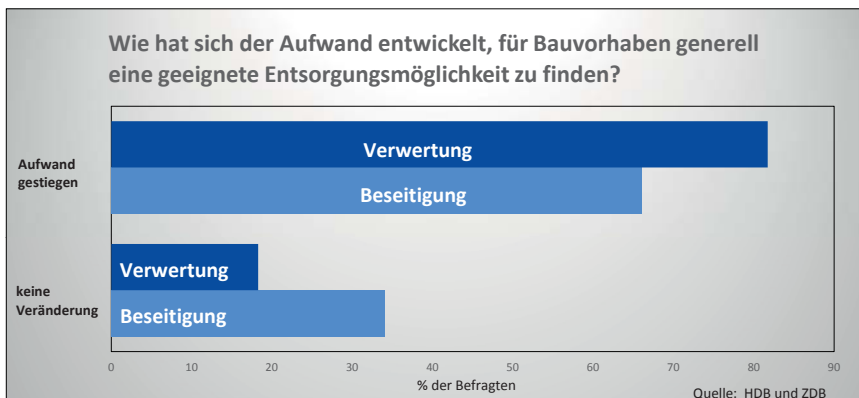
Im Sinne der Kreislaufwirtschaft sollen mineralische Bauabfälle vornehmlich wieder verwertet werden. Hierzu zählen der Wiedereinbau im Zuge von Baumaßnahmen gewonnener Böden sowie das Baustoff-Recycling.

82 % der Unternehmen haben Schwierigkeiten, einen Verwertungsweg zu finden. Der Aufwand hat sich gegenüber 2009 um 66 % erhöht.

Auch die Beseitigung der mineralischen Abfälle gestaltet sich immer aufwändiger. 66 % der Unternehmen gaben Mehraufwand bei der Entsorgung an. Der Mehraufwand betrug gegenüber 2009 im Mittel 40 %.

Fehlende Deponiekapazitäten (56 %), keine Verwertung in technischen Bauwerken (15 %), aufwändige Prüfung durch Deponiebetreiber (11 %) , fehlende Zwischenlager und schlechtere Verwertungsbedingungen (jeweils 7%) sowie aufwändige rechtliche Klärung des Entsorgungsweges waren die Hauptursachen.

Fehlende Deponiekapazitäten sind größte Hürde bei der Entsorgung von mineralischen Bauabfällen.



4. Entsorgung und Verwertung von Böden wird zum Problem

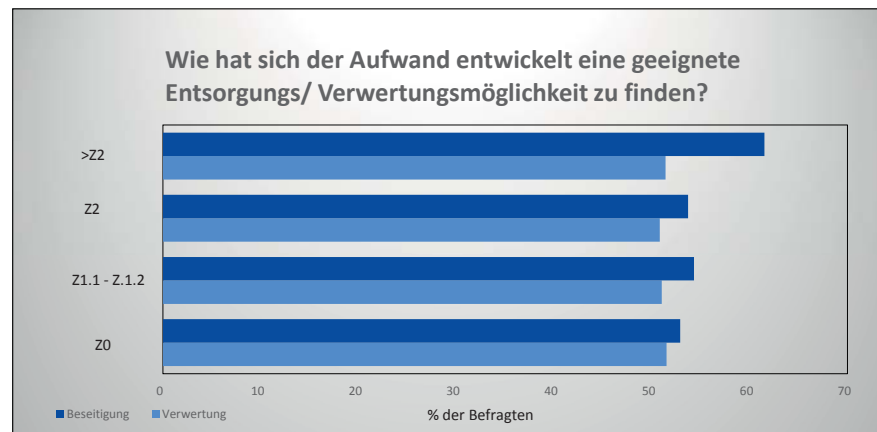
Der Aufwand sowohl bei der Verwertung als auch bei der Beseitigung von Böden nimmt zu.

62 % der befragten Unternehmen gaben einen Mehraufwand bei der Beseitigung höher belasteter Böden der Kategorie \geq Z2 (Einstufung nach Merkblatt 20 der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall) an.

Anteil der Entsorgungskosten hat sich in 5 Jahren verdoppelt

Auch bei der Verwertung oder Beseitigung unbelasteter oder gering belasteter Böden ergab sich für über 50 % der Unternehmen ein Mehraufwand.

Dies spiegelt sich auch im Verhältnis Entsorgungsaufwand zu erbrachter Bauleistung wieder. Dieser hat sich von 10 % Anteil der Entsorgungskosten im Jahr 2009 auf nunmehr 20 % Kostenanteil im Jahr 2014 verdoppelt.



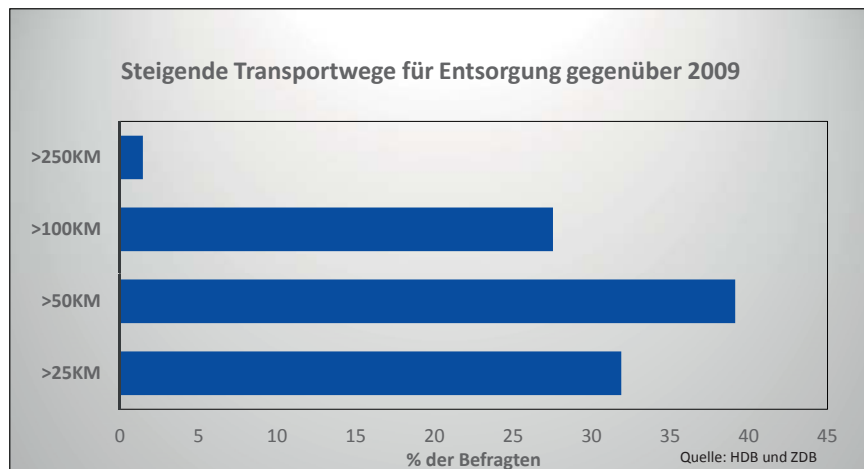
5. Abfalltransporte nehmen zu

Die mit der Entsorgung verbundenen Transporte haben deutlich zugenommen. 78 % der befragten Unternehmen gaben eine Zunahme des Aufwands für Abfalltransporte von im Mittel 38 % an.

Gegenüber 2009 haben sich die Transportentfernungen wesentlich erhöht. 39 % der befragten Unternehmen gaben eine Zunahme der Transportentfernungen (Hin- und Rückfahrt) um mehr als 50 km, weitere 27 % um mehr als 100 km und 2 % sogar um mehr als 250 km an.

In den zunehmenden Transportentfernungen spiegelt sich die Verknappung des Deponieraums wider.

Aufwand für Abfalltransporte stieg um 38 Prozent an.



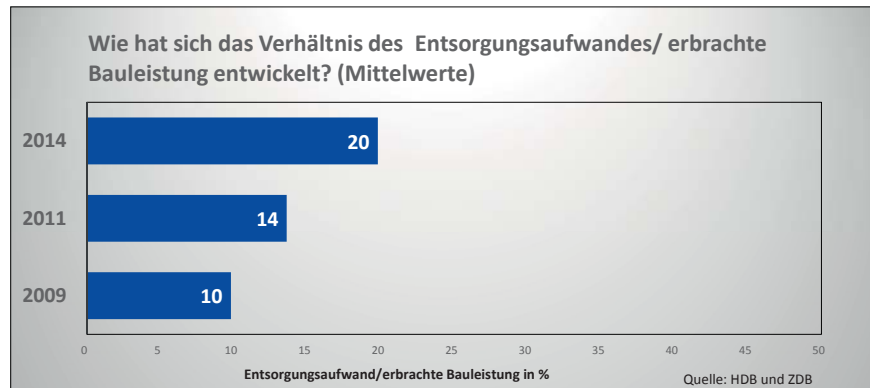
6. Die Entsorgung entwickelt sich zum Baukostentreiber

Regionale Verwertung von Böden muss Priorität haben.

Die Entsorgungskosten nehmen einen immer größeren Anteil an den Baukosten ein. Der zunehmende betriebliche Aufwand des Abfallmanagements, die größeren Transportentfernungen und die gestiegenen Deponiegebühren haben die Entsorgungskosten explodieren lassen. Betrag der Anteil des Entsorgungsaufwands 2009 noch 10 % der Bauleistung, so hat er sich 2014 auf bereits 20 % verdoppelt!

Damit haben sich die Entsorgungskosten zum Baukostentreiber entwickelt. Auf Grund unausgewogener Rahmenbedingungen für das Recycling und die Verwertung von mineralischen Bauabfällen einerseits und schwindender Deponiekapazitäten andererseits wird sich der Kostenanstieg fortsetzen.

Dieser Trend muss nach Auffassung der deutschen Bauwirtschaft gestoppt werden. Die Auftraggeber sind in der Pflicht, bereits im Zuge der Planung und Ausschreibung der Baumaßnahmen auf eine optimale Verwertung der mineralischen Abfälle hinzuwirken. Hierfür braucht es jedoch praktikablere Rahmenbedingungen, die insbesondere eine regionale Verwertung von Böden und mineralischer Abfälle anstelle der bisherigen Entsorgungspraxis auf weit entfernte Deponien ermöglichen.



Fazit: Die Kreislaufwirtschaft Bau ist bedroht!

Die Ergebnisse der Umfrage verdeutlichen die zunehmenden Probleme der Kreislaufwirtschaft im Bauwesen und bei der Entsorgung von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen. Private und öffentliche Bauherren wälzen ihre Verantwortung für die bei ihren Baumaßnahmen anfallenden mineralischen Bau- und Abbruchabfällen auf die ausführenden Unternehmen ab. Die Bauunternehmen sind hierdurch verpflichtet, die Abfälle zu untersuchen und in Abfallklassen zu kategorisieren.

Durch die Verlagerung des Abfallmanagements in die Ausführungsphase entstehen jedoch logistische und baubetriebliche Probleme. Die zunehmenden Untersuchungen der Böden und Abfälle stellen nicht nur eine finanzielle Belastung für die Bauherren dar, sondern sind zumeist auch entsprechend langwierig. Das Warten auf die Untersuchungsergebnisse führt oftmals zu Verzögerung bis hin zu einem völligen Stillstand der Baumaßnahme. Hierzu trägt häufig auch die zögerliche Entscheidung von Auftraggebern bei, wie mit den Abfällen verfahren werden soll. Oftmals bleibt das Unternehmen auf sich gestellt, geeignete Verwertungs- oder Entsorgungswege für die Abfälle zu erschließen.

Der Umgang mit mineralischen Bau- und Abbruchabfällen ist derzeit durch 16 voneinander differierende Landesvorschriften geregelt. Die einseitige Orientierung am Besorgnisgrundsatz des Grundwasser- und Bodenschutzes führt zu im europäischen Vergleich einzigartig rigiden Grenzwerten z. B. auch bei Böden, die lediglich eine natürliche (geogene) Vorbelastung aufweisen. Häufig werden deshalb auch lediglich natürlich „belastete“ Böden nicht wieder in technischen Bauwerken verwendet, sondern stattdessen deponiert. Die zunehmende Entsorgung von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen, insbesondere von Böden stößt jedoch an ihre Grenzen. Deponieraum wird bereits zunehmend knapp, wobei auch die Anzahl der Deponien stetig abnimmt. Dies spiegelt sich in immer größeren Transportentfernungen bei der Entsorgung mineralischer Bau- und Abbruchabfälle wider.

Durch das komplexer werdende Abfallmanagement, den zusätzlichen Untersuchungsaufwand, steigende Deponiegebühren und immer größere Transportentfernungen hat sich der Anteil der Entsorgungskosten an der Bauleistung innerhalb von nur 5 Jahren bereits verdoppelt. Ohne ein Umsteuern wird sich dieser Negativtrend verstärken!

Forderungen der deutschen Bauwirtschaft:

- Die Kreislaufwirtschaft im Bauwesen darf nicht weiter geschwächt werden!
- Der Umgang mit mineralischen Bau- und Abbruchabfällen muss bundesweit einheitlich geregelt werden.
- Das neue Regelwerk muss ausgewogener als die bisherigen Länderregelungen zwischen den Belangen des Grundwasser- und Bodenschutzes auf der einen und der Ressourcenschonung und Abfallvermeidung auf der anderen Seite vermitteln.
- Die Bauwirtschaft braucht ein harmonisiertes und in sich geschlossenes Regelwerk, bei klarer Adressierung der abfallrechtlichen Verantwortlichkeiten und Voruntersuchungspflichten verbunden mit der Umsetzung von durchgängigen und praxistauglichen Analysen- und Bewertungsmethoden und ausgewogenen Anforderungen an den Umweltschutz im Einklang mit dem Ressourcenschutz. Nur wenn sich dies in einem einheitlichen Regelwerk wiederfindet, können Zielkonflikte tatsächlich ausgeräumt werden.
- Bereits im Vorfeld der Baumaßnahme müssen Bauwerke bzw. Böden im Hinblick auf ihre Belastung mit umweltgefährdenden Schadstoffen untersucht und die Aufbereitung, Verwertung oder Entsorgung der Abfälle fachgerecht geplant werden.
- Die Bauherren müssen diesbezüglich in die Pflicht genommen werden. Die Verlagerung von Risiken und Kosten des Umgangs mit mineralischen Bau- und Abbruchabfällen auf die Bauwirtschaft entspricht nicht dem Verursacherprinzip. Insbesondere öffentliche Bauherren müssen sich zu ihrer Verantwortung bekennen. Für den Umgang mit Bauabfällen und beim Einsatz von Recyclingbaustoffen sind Bauherren, Bauwirtschaft, Architekten und Ingenieure, Abbruchunternehmen und Baustoffaufbereiter gleichsam Adressaten. Nur wenn sich diese in einem Gesamtregelwerk wiederfinden, kann das gesetzte Ziel, die Steigerung der Akzeptanz des Einsatzes von Recyclingbaustoffen zu erreichen, auch gelingen.

- Für nicht verwertbare Bau- und Abbruchabfälle müssen ausreichende Deponiekapazitäten zur Verfügung gestellt werden.
- Der Umgang mit mineralischen Bau- und Abbruchabfällen darf nicht weiter bürokratisiert werden. Böden mit natürlicher Vorbelastung müssen deshalb regional ohne weitere Umweltprüfung wiederverwertbar sein.
- Nur wenn es gelingt, durch Baustoff-Recycling und Wiederverwertung von Böden einen Großteil der in Bauwerken enthaltenen mineralischen Ressourcen der Wiederverwertung zuzuführen, kann ein akuter Entsorgungsnotstand vermieden werden.
- Für bezahlbares Bauen braucht es angemessene Rahmenbedingungen für die Kreislaufwirtschaft im Bauwesen sowie ausreichende Deponiekapazitäten für nicht verwertbare Restmassen!

Herausgeber:

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.

Kurfürstenstraße 129

10785 Berlin

Telefon 030 21286-0

Telefax 030 21286-240

info@bauindustrie.de

www.bauindustrie.de

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V.

Kronenstraße 55 - 58

10117 Berlin

Telefon 030 20314-0

Telefax 030 20314-419

bau@zdb.de

www.zdb.de

Juni 2015